

Kurzmeldungen 12/07

Afghanistan

Am 15.11.07 verlängerte der Bundestag die Beteiligung der Bundeswehr an der "Operation Enduring Freedom" (OEF) in Afghanistan und am Horn von Afrika. Unter der rot-grünen Bundesregierung Schröder wurde 2001 erstmals die Beteiligung von KSK-Einheiten und der Marine mit einer Vertrauensfrage durchgesetzt. Seit dem wird der Einsatz jährlich verlängert, obwohl er nicht durch einen UN-Beschluß oder NATO-Beschluß gedeckt ist.

Der Nato-Einsatz in Afghanistan ISAF wurde im vergangenen Jahr auf das ganze Land ausgeweitet. Die Bundeswehr beteiligt sich daran mit "Tornado"-Aufklärungsflugzeugen. Viele Einheiten unterstehen gleichzeitig oder abwechselnd beiden Missionen. Daher ist eine Trennung der beiden Einsätze nicht möglich.

Der afghanische Präsident Hamid Karsai hat die USA wegen der hohen Zahl ziviler Opfer um eine Verringerung ihrer Luftangriffe gegen Aufständische gebeten. Nach Berichten von „Zeit-Fragen“ wird in Afghanistan Unanmunition eingesetzt, die in der Umgebung zu Strahlenschäden in der Bevölkerung führen.

Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr generell ab. Hinzu kommt die Sorge, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr wie in Afghanistan die Gefahr von Terroranschlägen in Deutschland erhöhen. 56 % der Bevölkerung sind davon überzeugt, nur 29 % halten dies für unwahrscheinlich.

Quelle: dpa 26.10.07, FAZ 17.10.07, tagesschau.de 12.10.2007,

Bahn-Börsengang

Die SPD hat nun nach dem Scheitern des Planes für den Bahn-Börsengang eine Arbeitsgruppe zu Bahnprivatisierung eingesetzt. Finanzminister Steinbrück, Tiefensee, Kanzleramtsminister de Maizière und Bahnchef Mehdorn haben sich angeblich auf ein neues Privatisierungsmodell geeinigt.

Demnach soll eine Tochtergesellschaft mit den Bereichen Schienenverkehr und Logistik gegründet werden, die dann teilweise an die Börse geht, während das Netz bei der DB AG und damit in alleinigem Besitz des Bundes bleibe.

Der bisherige Gesetzentwurf der Bundesregierung war verfassungswidrig, wie ein Gutachten im Auftrag der Länderverkehrsminister ergab.

Quelle: campact.de 16.9.+12.11.07

Anstieg der Lebensmittelpreise

Mit der Zunahme des Anbaus von Energiepflanzen für die Erzeugung von Bioenergie kommt es nicht nur der Gefahr von Monokulturen und Überdüngung, sondern auch zu einer Flächenkonkurrenz zwischen Land- und Energiewirten, die Nahrungsmittel verteuert.

Da Pflanzen stofflich und energetisch verwertet werden können, sind Energie- und Agrarpreise stärker miteinander verbunden als bisher.

Je teurer das Öl ist, umso höher dürfte nun auch der Weltmarktpreis für Weizen sein. Denn Weizen kann man verbrennen. Die EU will deshalb nun die Prämien für Flächenstilllegungen abschaffen, da die Überproduktion über die Energieproduktion abgebaut wird.

Weizen wird daher dauerhaft einen Mindestpreis von 15 Euro je Doppelzentner behalten. Nach Aussage des Sachverständigenrates für Umweltfragen würden selbst bei Nutzung aller Ressourcen und Flächenpotentiale maximal 10% der Primärenergie damit gedeckt werden können.

In Lateinamerika werden bereits Landenteignungen und Urwaldrodungen für den Energiepflanzenanbau durchgeführt. 100 ha Land können in kleinbäuerlichen Strukturen 35 Menschen ernähren. Stellt man die Fläche auf Zuckerrohr um, sind es nur mehr 10 Personen, bei Palmöl zwei. Das ist das Ende der kleinen Bauernschaft in Entwicklungsländern. Bis 2025 könnten 1,2 Milliarden Menschen aufgrund dieser Entwicklung hungern; derzeit sind es 850 Millionen Menschen. In Brasilien und Kolumbien hat die Landenteignung bereits zu Massenprotesten geführt.

So mussten die Brasilianer im ersten Halbjahr 2007 dreimal so viel für ihre Ernährung ausgeben wie im selben Zeitraum des Vorjahres. Und in Mexico City kam es im Frühjahr zu Massendemonstrationen, weil Maismehl, Grundstoff der Tortillas, seit Jahresbeginn fast doppelt so teuer geworden war. Die Maisfladen gehören vor allem in armen Haushalten zu fast jeder Mahlzeit.

In den USA hat sich eine Lobby aus Saatgut-, Gentechnik-, Nahrungsmittel- und Ölproduzenten gebildet, die das Geschäft groß aufziehen wollen. 88 große Ethanol-Fabriken werden geplant, die nicht mehr wie bisher im Eigentum von US-Farmern stünden und mittlerweile auch häufig nur mehr gentechnisch veränderten Mais als Rohstoff annehmen. Vorsitzender des Inter-American Ethanol Committees IAEC sei Jeb Bush, der Bruder des amtierenden US-Präsidenten.

Quelle: FAZ 13+14.11.07, Der Standard.at 13.10.07, greenpeace magazin 6/07

Förderung für PV-Anlagen sinkt

Für die Stromerzeugung mit Photovoltaik-Anlagen müssen die Stromkunden Zusatzkosten von 20 Mrd Euro über die EEG-Umlage zahlen. In 3 Jahren sind es etwa 28 Mrd Euro. Derzeit sind PV-Module jedoch noch sehr teuer. Rund 4500 Euro muss man in Deutschland pro Kilowatt Leistung zahlen. Doch laut einer Studie der Branchenexperten von Photon liegen die tatsächlichen Herstellungskosten bei nur rund 2.800 Euro.

Manuell Frondel, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung: "Nicht die hohen Rohstoffkosten sind der wahre Grund für die hohen Preise, sondern die künstlich angeheizte Nachfrage sind der Grund dafür, dass die Preise hoch sind.

Deshalb plant Bundesumweltminister Gabriel, die Einspeisevergütung stärker abzusenken als bisher: Statt jährlich 5% sollen stufenweise 7-8% weniger Solar-Subventionen fließen, plus eine einmalige Kürzung von einem Cent pro Kilowattstunde.

Quelle: Report München 12.11.07

Trennung von Netzen und EVU

Die EU-Kommission beschloss einen Gesetzesvorschlag, der zu einer Entflechtung der Energie-Konzerne führen soll. Die Unternehmen sollen sich von ihren Leitungsnetzen trennen oder diese von einem unabhängigen Betreiber managen lassen. Damit würde den Unternehmen zumindest die Verwaltung der Leitungsnetze für Strom und Gas entzogen. Angeblich lehnen insgesamt 9 EU-Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, eine

eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Erzeugung ab.

In Großbritannien sind Produktion und Transport von Energie bereits getrennt. Deutsche Verbraucher zahlen deshalb 31% mehr sagt die EU-Kommission. Die deutsche Energiebranche bestreitet das.

Netzentgelte, Großhandelspreise und Vertrieb machen rund 60% des Strompreises aus, der Rest entfällt auf Steuern und Abgaben. In Deutschland beherrschen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall über 80% der Stromerzeugung und alle Fernleitungen.

Die Energieexpertin Prof. Kemfert hält dagegen den Ausbau der Netzübergangsstellen für dringlicher, um so für mehr Wettbewerb zu sorgen.

Personen, Unternehmen und Staatsfonds aus Nicht-EU-Staaten sollen künftig grundsätzlich keine europäischen Energieunternehmen mit Strom- oder Gasnetz mehr übernehmen dürfen.

Quelle: dpa 19.9.07, FAZ 19.9.07

Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EEW)

In Baden-Württemberg muß als erstes Bundesland, ab 1.4.08 die Wärmeversorgung bei Neubauten mindestens zu 20% aus erneuerbare Energien oder Kraft-Wärmekopplung gedeckt werden.

Für den Gebäudebestand soll ab 2010 ein Anteil regenerativer Energien von 10% vorgeschrieben werden, wenn es zum Austausch der Heizungsanlage kommt. Ersatzweise könne die Verpflichtung durch eine verbesserte energetische Dämmung erfüllt werden.

Quelle: sonnenseite.com 3.10.07

EU-Emissionshandel für Flugzeuge

Fluggesellschaften sollen nach dem Willen des Europäischen Parlaments von 2011 an Emissionszertifikate für den Ausstoß von Treibhausgasen erwerben und so in den Emissionshandel einbezogen werden. Das Europäische Parlament geht damit über den Regelungsentwurf der EU-Kommission vom Herbst 2006 hinaus.

Quelle: FAZ 14.11.07

Ölpreis

Der Ölpreis ist erstmals über die Marke von 98 Dollar pro Barrel (WTI) gestiegen. Dies liege einerseits am schwachen US-Dollar und der Flucht in Rohstoffanlagen, sowie an der stärker werdenden asiatischen Nachfrage nach Rohöl.

Quelle: dpa 7.11.07

Elektrosmog

Nach aktuellen Forschungsergebnissen von Prof. Adlkofer erhöht UMTS-Strahlung die Wahrscheinlichkeit, an Krebs zu erkranken. Laut den Ergebnissen der Studie wirkt die UMTS-Strahlung zehnmal stärker auf die DNA als GSM-Strahlung. Der dabei erfolgte Nachweis von DNA-Strangbrüchen im Reagenzglas lasse an der genotoxischen Wirkung von UMTS-Signalen keinen Zweifel mehr zu.

Die genaue Risikobeurteilung für Menschen ist jedoch weiterhin schwierig, da sich die Krebsentstehung über lange Zeiträume hinzieht, die Technik aber noch nicht lange besteht. Die Europäische Umweltagentur (EEA) warnt eindringlich vor den Gefahren hochfrequenter Strahlung, die beispielsweise durch WLAN-Netzwerke oder Mobiltelefone und ihre Masten ausgesendet wird. Die britische Regierung plant jetzt eine groß angelegte Studie über die gesundheitlichen Auswirkungen von WLAN-Netzen.

Quelle: elektroniknet.de 12.10.+5.11.07, silicon.de 17.9.07

Feinstaub

Die Feinstaubbelastung aus Öfen und Kaminen bei der Verfeuerung von Holz muss reduziert werden. Rund 97% des Gesamtstaubs aus Kaminen und Öfen besteht aus gesundheitsgefährdendem Feinstaub. Die Gesamtmenge dieses Feinstaubes übersteigt mittlerweile diejenige aus den Auspuffrohren aller Diesel-Pkw und Lkw. Die vorgesehenen Grenzwerte sollen für neue und bestehende Anlagen eingeführt werden. Wenn diese Grenzwerte überschritten werden, sollen die Öfen in den Jahren 2014 bis 2024 ausgetauscht werden.

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass Anwohner stark befahrener Straßen ihr Recht auf saubere Atemluft juristisch durchsetzen können. Zum Schutz vor gesundheitsschädlichem Feinstaub besteht ein Rechtsanspruch auf konkrete Maßnahmen, die auch Fahrverbote umfassen können. Städte dürfen demnach mögliche Maßnahmen nicht mit dem Hinweis ablehnen, dass noch kein landesweiter Aktionsplan zur Luftreinhaltung vorliegt. Stattdessen müssten sie sofort handeln und etwa den Lastwagenverkehr betroffener Straßen umleiten.

Seit Januar 2005 darf nach einer EU-Richtlinie die Konzentration von Feinstaub in einer Menge von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Tagesmittel nicht öfter als an 35 Tagen im Jahr überschritten werden.

„tPA“ ist ein im ganzen Körper vorkommendes Enzym, das durch Abbau der Blutgerinnsel einen hemmenden Effekt auf die Blutgerinnung hat. Forscher konnten beweisen, dass dieser Mechanismus durch das Einatmen von Diesel-Abgasen gestört wird und dadurch zu einem vergrößerten Herzinfarkt- und Schlaganfall-Risiko führt. Dies ließ sich auch an Versuchstieren nachweisen.

Quelle: Bundesumweltministerium 27.11.07, tagesschau.de 28.9.07, sonnenseite.com 28.9.07

neues Gesetz und Verordnung zur Gentechnik

Dem Gesetzentwurf wurde im Bundestag in den frühen Morgenstunden um etwa 3.45 Uhr in erster Lesung zugestimmt. Die endgültige Abstimmung wird in den nächsten Wochen stattfinden.

Die Vorsitzende des Ökologischen Ärztbundes, Angela von Beesten, warnte vor den derzeit unabsehbaren Folgen auf Erbgut, Verdauung und Zellwachstum des Menschen. Die Freisetzungsfelder sollen weiter im Standortregister weiterhin öffentlich zugänglich bleiben.

In der beschlossenen Verordnung zur "guten fachlichen Praxis" sind die Abstände zu gentechnisch verändertem Mais von 150 m, zu ökologisch wirtschaftenden 300 m

vorgeschrieben. Imker, Bienen und Honig werden im neuen Entwurf gar nicht erwähnt. Auch die Frage der Haftung im Schadensfall ist nicht gelöst worden. Ein Landwirt kann seine Ernte schon bei geringen Verunreinigungen nicht mehr „gentechnikfrei“ verkaufen. Einen Anspruch auf Schadensersatz hat er jedoch erst ab einer Verseuchung von 0,9%. Dies bedeutet in der Praxis langwierige Gerichtsverfahren für den geschädigten Bauer. Eine so genannte „Koexistenz“ zwischen Ökolandbau und Gentechnikanbau ist nicht möglich.

Quelle: keine-gentechnik.de, netzeitung.de 9.11.07

EU-Umweltkommissar warnt vor Bt-Pflanzen

Die EU-Generaldirektion Umwelt hat sich dafür ausgesprochen, dass den beiden genveränderten Bt-Maissorten Bt-11(Syngenta) und 1507 (Pioneer/Dupont) die Zulassung für den Anbau in der EU verweigert wird. Der Umweltkommissar Dimas beruft sich dabei erstmals auf das Vorsorgeprinzip. Die Genpflanzen stehen im Verdacht, auch für nützliche Insekten (so genannte Nicht-Ziel-Organismen) schädlich zu sein (z.B. Schmetterlinge) und negative Langzeitauswirkungen auf die Anbauböden zu haben.

Quelle: Greenpeace, GLOBAL 2000, keine-gentechnik.de 25.10.07, dpa 30.10.07

Seehofers Forderungen sind zweifelhaft

Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) will nun einen vorläufigen Zulassungsstopp für gentechnisch veränderte Agrarprodukte haben, um dann das Zulassungsverfahren von GMOs „auf wissenschaftlicher Grundlage durch eine Fachbehörde entschieden werden.“ Die EU-Lebensmittelbehörde EFSA mit Sitz in Parma ist allerdings gentechnikfreundlich und sie setze sich häufig über kritische Stimmen hinweg.

Quelle: dpa 26.11.07

Genrapsaussat wird verheimlicht

Der BUND hatte beim Landwirtschaftsministerium um die Bekanntgabe der mit Saatgut von gentechnisch verändertem Raps bestellten Flächen gebeten. Aber das Ministerium verweigert die Bekanntgabe der betroffenen Flächen. Das Erbmaterial von gentechnisch verändertem Raps überträgt sich auf sämtliche Kohlarten, wie Broccoli, Rosenkohl, Steckrüben und Wirsing bis zu Radieschen. Für alle Nahrungsmittelproduzenten in der Umgebung bedeuten gentechnische Verunreinigungen eine Imageschädigung bis hin zur Existenzbedrohung.

Quelle: bund-sh.de

Stammzellen durch Reprogrammieren erzeugt

Ohne den Einsatz embryonaler Stammzellen ist es den Japanern Kazutoshi Takahashi und Shinya Yamanaka gelungen, „induzierte Pluripotente Stammzellen“ (iPS) aus Hautzellen zu erzeugen.

Mit Hilfe von Retroviren schleusten sie die Bauanleitungen für Gene ein, die Proteine (Transkriptionsfaktoren) erzeugen. Damit regeln sie die Aktivität eines großen Netzwerkes weiterer Transkriptionsfaktoren. So gerät eine ganze Kaskade von Genen in Gang. So ist es

möglich, auch die Vermehrung und das Entwicklungspotential dieser Zellen beeinflussen. Aus ihnen haben die Forscher dann in der Petrischale gereifte Zellen, etwa Herzmuskel- und Nervenzellen, herangezüchtet, wie sie eines Tages zur Reparatur von beschädigtem Körpergewebe eingesetzt werden sollen.

Doch die Retroviren sind nicht ungefährlich. Niemand kann vorhersagen, an welcher Stelle des Genoms die Viren ihre Fracht einbauen. Durch die zusätzliche Gen-Dosis von außen veränderte jede fünftausendste Hautzelle im Experiment ihr Wesen. Mit dieser Technik könnte man in Zukunft völlig auf embryonale Stammzellen verzichten.

Quelle: FAZ 21.11.07, dpa 21.11.07

Subventionen für Gentechnik

In Deutschland werden Entwicklungsvorhaben für genmanipulierte Pflanzen derzeit mit Steuergeldern in Höhe von 25 Millionen Euro gefördert.

Im Gegenzug sollen die Fördermittel für den Öko-Landbau in Deutschland nach dem Willen von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer im kommenden Jahr weiter gekürzt werden. Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau wird von 16 Millionen Euro in diesem auf 10 Millionen Euro im nächsten Jahr zurückgefahren werden.

Quelle: fruchtversand.de

Patent auf Milchkühe

Gegen ein Patent auf Milchkühe hat Greenpeace zusammen mit einem Bündnis aus Milchviehhaltern, Bauern und anderen Verbänden Einspruch eingelegt. Das Patent sichert den sieben Inhabern sowohl die Rechte an einem Zuchtverfahren für Kühe als auch auf Kühe, die genmanipuliert wurden. Beide Teil-Patente zielen darauf ab, dass die Kühe mehr Milch geben sollen. Das Europäische Patentamt (EPA) in München hat das Patent (EP1330552) im Januar 2007 erteilt.

Laut den Regeln des europäischen Patentrechtes hat der Patentinhaber auch das Recht an allen Folgegenerationen der Tiere und Pflanzen, selbst wenn nur das Verfahren patentiert worden ist. Das Patentamt weitet Schritt für Schritt die Patentierbarkeit in Richtung normaler Pflanzen und Tiere aus.

Bleibt das Patent bestehen, können die Inhaber versuchen, bei jedem Verkauf einer Milchkuh mit dem entsprechenden Gen ihre Lizenzen einzutreiben.

Quelle: greenpeace.de 24.10.07,

ödp fordert Selbstbestimmung der EU-Staaten über Nahrungsmittel

Am Beispiel von Österreich versucht die EU nationale Gentechnik-Verbote aufzuheben. In der EU-Agrarministerrunde kam es zu einem Patt. Damit versucht die EU-Kommission die Selbstbestimmung der Nationalstaaten über die Nahrungsmittel einzuschränken.

Damit versucht die EU eine Forderung der Welthandels-Organisation (WTO) zu erfüllen, um Strafzölle zu vermeiden.

Die WTO ist eine Konkurrenzorganisation zur UNO, die versucht, die WSK-Menschenrechte der UNO und das internationale Biosafety-Abkommen zu übergehen. Das Biosafety-Abkommen steht rechtlich auf der gleichen Stufe wie die WTO-Verträge. Die USA sind dem

Biosafety-Abkommen nicht beigetreten. Daher behaupten sie, dass dieses Abkommen für die USA im Handel mit der EU nicht verbindlich sei, sondern nur das WTO-Recht. Nach dem Biosafety-Protokoll gilt der Grundsatz, dass bei gentechnisch veränderten Produkten das Vorsorgeprinzip gegenüber den Verbrauchern und der Umwelt vorgeschrieben ist. Damit sind nationale Gentechnik-Verbote durch das Völkerrecht gedeckt. Die Agrochemiekonzerne haben gezielt viele Saatgutproduzenten aufgekauft, um langfristig weltweit Patentgebühren auf Saatgut über die „Terminator-Technik“ durchzusetzen.

Quelle: ödp 31.10.07

Seehofer will neues Zulassungsverfahren für Gentechnik-Produkte

Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) will ein neues Verfahren für die Zulassung von gentechnisch veränderten Agrarprodukten in der Europäischen Union. Angesichts tiefen Streits zwischen den EU-Regierungen entstehen im Ministerrat immer wieder Patt-Situationen, bei denen nach geltendem Recht die EU-Kommission über die Zulassung eines Produkts entscheidet. Sie stützt sich dabei auf die Risikoanalyse der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit.

Quelle: dpa 26.11.07

Gentechnik-Petition der ödp

Die Petition der ödp zur Entflechtung der Gentechnikindustrie erhielt 713 Unterstützer. Damit fordert die ödp, daß Unternehmen, die zugleich in den Bereichen Pharma, Saatgut, Pflanzenschutz oder Chemie tätig oder zu mehr als 25% beteiligt sind, aufzuspalten und zu veräußern. Damit soll der Machtkonzentration der Agrochemiekonzerne, die fast alle Saatguthersteller aufgekauft haben, beendet werden.

Quelle: Petitionsausschuß 28.11.07

neue insektizide Genpflanzen

US-Pharmaforscher haben Maispflanzen geschaffen, die Schädlinge töten, indem sie deren Genexpression stören. Dabei wird die RNA-Interferenz genutzt, mit der Erbgutbestandteile ausgeschaltet werden können. Damit geht die Gift-Wirkung deutlich tiefer als bisherige genetisch veränderte Nutzpflanzen, die beispielsweise giftige Proteine wie Bt herstellen. Dabei soll es angeblich nicht zur Resistenzbildung kommen können. Weiterhin besteht die Gefahr, daß damit auch die Nützlinge geschädigt werden. Der Gen-Abschaltmechanismus könnte sich aber auch auf andere Pflanzen oder Bakterien im Boden übertragen. Obwohl Menschen ähnliche Gene wie Insekten haben, denken die Forscher aber nicht, dass eine Genausschaltung beim Menschen vorkommen könne.

Bereits vor kurzem erfanden chinesische Wissenschaftler Baumwollpflanzen, die ein Gen stören können, das dem Baumwollkapselbohrer ermöglicht, das in der Baumwolle natürlich vorkommende Gift Gossypol unbeschadet zu verdauen. Die Tiere, die die genetisch veränderte Baumwolle fraßen, konnten die giftstoffverarbeitenden Proteine nicht mehr bilden und starben.

Quelle: heise.de/tr/artikel/99168/0/100 20.11.07

Pflanzenzüchter wollen Urheberrechte durchsetzen

Die Pflanzenzüchtern erzielen immer weniger Gewinne, weil die Abgaben der Bauern für die Verwendung sortengeschützter Saaten immer spärlicher fließen. Die Landwirte verweigern Auskünfte darüber, welchen Teil ihrer Ernte sie in der nächsten Saison wieder aussähen. Inzwischen zahlt nur noch etwa die Hälfte der Bauern. Ob die Angaben der anderen den Tatsachen entsprechen, ist ungewiss. Einer errechneten Nachbauggebühr von 15 Millionen Euro im Jahr stehen so tatsächliche Einnahmen von 4 Millionen Euro gegenüber. Um an die Lizenzentnahmen zu kommen will Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer ein Gesetz zur Neuregelung der Lizenzierung durchsetzen. Demnach sollen künftig die nachgebauten Sorten und Mengen nicht mehr mit Fragebogen, sondern in den "Flaschenhälsen" der Produktion ermittelt werden. Denn das von der Ernte abgezweigte Saatgut kann erst nach einer Aufbereitung weiterverwendet werden, die darauf spezialisierte Betriebe vornehmen. Dort liegen die Informationen über Sorte und Menge vor. Es fehlt aber bisher die gesetzliche Grundlage zur Weiterverwendung der Daten.

Quelle: FAZ 19.11.07

Vergleich mit Syngenta gescheitert

Ein Vergleich zwischen einem Landwirt aus der Wetterau und dem schweizerischen Hersteller von gentechnisch verändertem Mais Syngenta ist vor dem Oberlandesgericht Frankfurt gescheitert. Der Landwirt aus Wölfersheim führe den Tod seiner 70 Kühe auf den Genmais zurück, mit dem er die Tiere gefüttert habe. Der Genmais-Hersteller bestreite das. Das Unternehmen habe den vom Gericht vorgeschlagenen Vergleich einer Zahlung von 100.000 Euro an den Landwirt abgelehnt, berichtete die Zeitung.

Der Landwirt war in erster Instanz mit seiner Schadenersatzklage gegen das Unternehmen vor dem Landgericht Gießen gescheitert. Er verlangte gut 500.000 Euro von dem Gen-Mais-Unternehmen. Das Gericht urteilte im Mai, es sei nicht bewiesen worden, dass dem Unternehmen in der Entwicklung des Saatguts ein Fehler unterlaufen sei (Az.: 3 O 564/05). Zwischen 1997 und 2001 hatte der Bauer gentechnisch veränderten Mais von Syngenta angebaut und die Pflanzen nach der Ernte an seine Kühe verfüttert. Seit Anfang 2001 erkrankte und verendete ein Großteil seiner Tiere. Die Krankheiten führte der Landwirt auf das Gen-Mais-Saatgut zurück, das seiner Auffassung nach nicht nur für Schadinsekten, sondern auch für Kühe giftig sei. Das Unternehmen habe damit seine Sorgfaltspflicht verletzt.

Quelle: dpa-afx.de 25.11.07

Einkommensteuerverteilung

Die Progression der Einkommenssteuer zeigt ihre Wirkung. Wer viel hat muss auch hohe Steuern zahlen. 10% der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen zahlten nach der jüngsten Erhebung mehr als die Hälfte der festgesetzten Einkommensteuer. Dagegen trug die untere Hälfte der Einkommensbezieher (bis zu 27 216 Euro) nur 8% zum Einkommensteueraufkommen bei.

Auf das eine Prozent der Bestverdiener (Einkommen von mehr als 162.200 Euro) entfiel fast 20% der gesamten Einkommensteuer. Und allein das oberste Promille der Höchstverdiener

steuerte nahezu 8% zum Aufkommen der neben der Umsatzsteuer mit Abstand wichtigsten Einnahmequelle des Staates bei.

Die endgültigen Zahlen liegen jetzt für das Veranlagungsjahr 2003 vor. Aber nur 30,8 % der Steuereinnahmen 2005 sind bedingt durch Lohn-, Einkommenssteuer und Soli. 48,1 % der Steuern sind im weitesten Sinne Konsumsteuern, also über die Masse der Bevölkerung erhoben und unterliegen keiner Progression.

Schließlich vernachlässigt die Statistik, dass quasistaatliche Ausgaben auch über Sozialabgaben finanziert werden. Hier zahlen die Hochverdiener aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze ebenfalls prozentual weniger.

Quelle: FAZ 11.10.07

OECD plädiert für höhere Reichensteuern

Die Industrieländerorganisation OECD plädiert für höhere Reichensteuern in Deutschland, um die hohe Abgabenbelastung der Arbeitnehmer zu senken. Die Organisation hält deutsche Arbeitnehmer für überlastet.

"Wenn man Arbeitseinkommen entlasten will, könnte das etwa über eine Erhöhung der Grundsteuer für privaten Immobilienbesitz oder höhere Erbschaftsteuern erreicht werden", sagte Chris Heady, Leiter der Abteilung Steuerpolitik und -statistik bei der OECD.

Deutschland gehört innerhalb der OECD zu den Ländern, die das Vermögen mit am wenigsten belasten. Während die Grundsteuer für privaten Immobilienbesitz in Großbritannien etwa für ein Aufkommen von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sorgt, sind es in Deutschland gerade einmal 0,2 Prozent.

Heady wies auch Vorstöße zurück, die deutsche Erbschaftsteuer abzuschaffen oder stark zu senken. Die Steuer sei mittlerweile die einzige substanzielle Belastung für große Vermögen hierzulande. Dies geht aus den Revenue Statistics hervor, die die Pariser Organisation am Mittwoch vorstellte.

Danach hat Deutschland zwar die geringste Gesamtabgabenbelastung durch Steuern und Sozialabgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung aller EU-Staaten. Dem gegenüber steht aber eine im OECD-Vergleich sehr hohe Steuer- und Sozialabgabenbelastung für Arbeitnehmer. Ursache dafür sind die nach wie vor hohen Sozialabgaben, über die ein sehr großer Teil der staatlichen Leistungen finanziert wird. So summierten sich die Pflichtbeiträge zu den Sozialversicherungen 2006 auf 13,7 Prozent des BIP, im OECD-Mittel waren es nur 9,2 Prozent (2005). Innerhalb der Industrieländer hatten damit nur in der Slowakei und in der Tschechischen Republik die Sozialbeiträge einen größeren Anteil am gesamten Steuer- und Abgabenaufkommen als in Deutschland.

Quelle: FTD 18.10.07

EU kippt Pläne zum Arbeitsrecht

Die Europäische Kommission ist mit ihren Plänen für eine weitere Regulierung des Arbeitsrechts in Europa gescheitert. Vor rund einem Jahr hatte EU-Kommissar Vladimir Spidla in Wirtschaft und Politik mit einem auf dieses Ziel gerichteten Grünbuch für Wirbel gesorgt.

Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände äußerte sich erleichtert über die Aufgabe der Pläne. Der Deutschen Gewerkschaftsbund, zeigte sich dagegen enttäuscht von

der Aufgabe der Arbeit an einem einheitlichen EU-Arbeitsrecht.

Die EU-Kommission will sich jedoch weiterhin gleichzeitig mehr Flexibilität für den Arbeitgeber und mehr Sicherheit für den Arbeitnehmer einsetzen. Im Gespräch sind auch die Schaffung eines einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs und die Ausdehnung von Schutzvorschriften auf Selbständige.

Quelle: FAZ 14.11.07

neue Wettbewerbsregeln

Der Handel soll künftig noch strengeren Wettbewerbsregeln unterliegen als bisher geplant. Das Verbot von Verkäufen unter dem Einkaufspreis soll weiter verschärft werden.

Zusätzlich soll es marktmächtigen Unternehmen verboten sein, von kleinen oder mittleren Unternehmen höhere Preise zu fordern als jene, zu denen sie die Waren ihren Kunden anbieten. Dagegen protestiert vor allem der Rewe-Konzern. Er fordert die Begrenzung dieser Regel auf Tankstellen.

Bei der geplanten Verschärfung der Missbrauchsaufsicht über die Energiekonzerne soll es marktbeherrschenden Energieversorgern künftig verboten sein, von den Kunden Preise zu fordern, die ungünstiger als die anderer Versorger sind oder die die Kosten in unangemessener Weise überschreiten. Neu ist dabei vor allem die Beweislastumkehr: Die Unternehmen müssen die Gründe für überhöhte Energiepreise künftig darlegen. Ein Missbrauch liegt nicht vor, wenn das Unternehmen nachweisen kann, dass die Abweichung gerechtfertigt ist. Die Beweislastumkehr gilt nach den jüngsten Nachbesserungen aber nur im Verfahren vor den Kartellbehörden - und nicht in anschließenden Schadensersatzverfahren der Verbraucher vor den Zivilgerichten. Es bleibt dabei, dass die Entscheidungen der Kartellbehörden sofort vollziehbar sind. Ein Einspruch eines Energiekonzerns hat also keine aufschiebende Wirkung.

Quelle: FAZ 14.11.07

Kirchen erheben Klage gegen Sonntagsverkauf

Die beiden großen Kirchen haben beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die verkaufsoffenen Sonntage in Berlin eingereicht. Der Sonntag sei im Grundgesetz als Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erbauung geschützt.

Mit der Freigabe von bis zu zehn verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr einschließlich der vier Adventssonntage verstoße der Berliner Gesetzgeber gegen die Verfassung, erklärten die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und das Erzbistum Berlin. Unterstützt wird die Klage von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der katholischen Deutschen Bischofskonferenz.

Sonn- und Feiertage sind durch die Verfassung (Art. 140) geschützt. Eine Aufhebung des Sonntagsschutzes durch das Berliner Abgeordnetenhaus könne keinen Bestand haben, erklärten die Kirchen weiter. Besonders eklatant sei der Verstoß in Berlin, weil alle Adventssonntage für die Ladenöffnung freigegeben worden seien. Damit sei im Dezember die Freigabe des Sonntags die Regel, der Schutz dagegen die Ausnahme.

Quelle: FAZ 12.11.07

Artenvielfalt gefährdet

Nach dem Entwurf des ersten FFH- Berichts (Fauna-Flora-Habitat) der Bundesregierung ist mehr als die Hälfte der untersuchten hiesigen Tier- und Pflanzenarten in schlechtem oder unzureichendem Erhaltungszustand.

Bei den untersuchten Lebensräumen ist die Experten-Bilanz schlechter: Rund 70 Prozent der Wälder, Dünen, Moore oder Seen sind demnach in einem schlechten oder unzureichendem Zustand. Dazu gehören beispielsweise die Gletscherregionen in den bayerischen Alpen. Für ein Viertel der Lebensräume gibt der Bericht dagegen grünes Licht. Darunter befinden sich die Buchenwälder des Landes.

In dem Bericht wurden erstmals mehr als 200 besonders gefährdete Tier- und Pflanzenarten sowie 90 Lebensräume in Deutschland untersucht und bewertet.

Quelle: dpa 28.10.07

CDU greift EU-FFH-Naturschutzrecht an

Mit der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ soll im Vorfeld der UN-Naturschutzkonferenz, die in Bonn im Mai 2008 stattfindet, der Schutz der natürlichen Vielfalt vorangebracht werden.

Gleichzeitig setzt das Land Hessen im Bundesrat mit Unterstützung Niedersachsens und möglicherweise auch Nordrhein-Westfalens seinen Feldzug gegen die wichtigsten Säulen des europäischen Naturschutzrechts fort. Unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung fordern die unionsregierten Länder die Bundesregierung auf, in Brüssel für die Weiterentwicklung, Zusammenfassung und Modernisierung der so genannten Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) und der Vogelschutzrichtlinie zu streiten. Dabei geht es im Kern nicht darum, das europäische Naturschutzrecht zu evaluieren und zukunftsfähig auszugestalten (wie es im Titel des Entschließungsantrags heißt). Vielmehr sollen die in den beiden Richtlinien erreichten Standards geschleift werden.

Das mit großen Widerständen aus vielen Bundesländern belastete FFH-Meldeverfahren zur Ausweisung von geschützten Flächen sei nach Jahren zäher Auseinandersetzungen (bis hin zu Zwangsgeldverfahren gegen Deutschland) soeben überstanden. Ausgerechnet jetzt auf EU-Ebene die Zusammenlegung der beiden Richtlinien anzuzetteln, werde lediglich „eine neue quälende Runde der Auseinandersetzung auslösen.“

Im Übrigen liefe die Initiative auf einen massiven Abbau der erreichten Schutzstandards hinaus. Die Forderung der Ministerpräsidenten beispielsweise, Vogelschutzgebiete in einem Verfahren zwischen Mitgliedstaaten und Kommission abschließend zu definieren, würde dem effektiven Schutz von Vögeln, die keine Rücksicht auf Gebietsgrenzen nehmen, nicht gerecht.

Die vorgeschlagene Beschränkung der Verträglichkeitsprüfung auf UVP-pflichtige Vorhaben läuft auf eine Abschwächung des Instrumentes hinaus, da viele kleine Vorhaben dann keiner Verträglichkeitsprüfung mehr bedürften. Worum es wirklich gehe, habe Ministerpräsident Koch erst vor einer Woche nach einer Kabinettsitzung im nordhessischen Spangenberg mit kaum zu überbietender Deutlichkeit öffentlich erläutert. „Auch in Nordhessen“, sagte der Ministerpräsident, be- und verhinderten die Vogelschutzrichtlinie und die FFH-Richtlinie in ihrer jetzigen Fassung zahlreiche Infrastrukturmaßnahmen. Als Beispiele nannte er Bauvorhaben an den Autobahnen A44, A49 und A4.

Quelle: dpa 6.11.07

Thunfisch gefährdet

Der WWF fordert ein mindestens dreijähriges Fangverbot des stark bedrohten Roten Thunfisches im Mittelmeer. Der Bestand stehe vor dem Kollaps. Spanien und Frankreich hätten ihre Fangquoten in diesem Jahr erneut deutlich überschritten.

Nach Angaben des WWF hat Spanien in diesem Jahr fast 9000 Tonnen Thunfisch exportiert. Spanien habe jedoch angegeben, überhaupt nur 4700 Tonnen gefangen zu haben, sagte WWF-Fischexperte Ralph Kampwirth. Frankreich habe zugegeben, dass man die zugewiesene Quote von 5500 Tonnen um über 80 Prozent überschritten habe. Für die Saison 2007 hatte die Kommission ICCAT eine Fangmenge von 29 500 Tonnen festgelegt - fast doppelt soviel, wie die eigenen ICCAT- Wissenschaftler empfohlen hatten.

Die ICCAT (International Commission for the Conservation of Atlantic Tunas) ist für den Schutz von Thunfischen und ähnlichen Arten im Atlantik und angrenzenden Meeren verantwortlich.

Quelle: dpa 9.11.07

Der Spatz ist gefährdet

Der Spatz ist in Deutschland zunehmend gefährdet: Der Bestand des Haussperlings ging nach Angaben von Naturschützern in den vergangenen 15 Jahren um 15 Prozent zurück. In Nordrhein- Westfalen und Bayern soll der Haussperling sogar auf die Rote Liste der gefährdeten Arten gesetzt werden. Von den 64 untersuchten häufigen Brutvogelarten sind 23 Arten, 36 Prozent, in ihren Beständen rückläufig.

Auch bei so häufigen Vogelarten wie der Mehlschwalbe und dem Kiebitz geht der Bestand zurück. Besonders gefährdet sind am Boden brütende Arten wie Feldlerche, Kiebitz und der Große Brachvogel.

Für die Rückgänge sind dem Bericht zufolge die intensive landwirtschaftliche Nutzung, der Verlust naturnaher Feuchtwiesen sowie die Nutzung von Brachflächen für den Anbau nachwachsender Rohstoffe verantwortlich.

Im Wald gebe es für die Vogelwelt einen leicht positiven Trend. Die naturnähere Waldbewirtschaftung verbessere die Lebensbedingungen etwa für den Kleiber oder den Buntspecht.

Quelle: dpa 12.11.07

Japan jagt Buckelwale

Der Walfang geht jetzt unter wissenschaftlichem Deckmantel weiter. Offensichtlich können internationale Proteste nichts gegen die japanischen Pläne zur Jagd auf die Meeressäuger bewirken. Die Walfangflotte, die am Sonntag aus dem japanischen Hafen Shimonoseki ausgelaufen ist, soll in diesem Südsommer bis zu 1.000 Wale erlegen - darunter auch die seit Mitte der 1960er-Jahre unter Schutz stehenden Buckelwale. Japans Walfang steht auch in diesem Jahr wieder unter dem Deckmantel der wissenschaftlichen Untersuchung - eine Lüge, wie Umweltgruppen weltweit immer wieder betonen.

Neben 935 Zwergwalen und 50 Finnwalen stehen erstmals seit 44 Jahren auch 50 Buckelwale auf der Abschussliste der Walfänger. Was die Umweltschützer besonders stört,

ist die Tatsache, dass diese Art in der Roten Liste der Weltnaturschutzunion IUCN als gefährdet eingestuft wird und dass Japan seinen Walfang auch im antarktischen Walschutzgebiet ausweiten will.

Die Gewässer rund um die Antarktis wurden im Jahr 1994 zum Walschutzgebiet erklärt. 1986 trat das weltweite Walfangverbot der Internationalen Walfangkommission (IWC) in Kraft. Dennoch haben japanische Walfänger seither mehr als 10.500 Wale getötet.

Auf der Greenpeace-Homepage im Internet kann man sowohl die Route der Walfänger als auch jene der Buckelwale von daheim oder vom Büro aus mitverfolgen.

Quelle: sonnenseite.com 21.11.07

Dreckiges Wasser bringt Millionen um

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hat vor drastischen Umweltveränderungen in den kommenden 20 Jahren gewarnt. In ihrem jüngsten Umweltbericht „Geo-4“ wurde festgestellt: jedes Jahr sterben Millionen von Menschen, weil sie verdrecktes Wasser trinken oder rußige Luft einatmen. Besonders gefährdet sind Kleinkinder in Entwicklungsländern. Die Ernährung des Menschen bereite große Probleme. Die Landwirtschaft wurde in den vergangenen Jahren stark ausgebreitet und intensiviert. „Wir stehen vor einer Situation, die eskaliert“, warnte Achim Steiner, Chef des Umweltprogramms der Vereinten Nationen in einer Videobotschaft. „Das Gleichgewicht kann nicht länger gehalten werden. In einigen Erdteilen ist es sogar schon zerstört.“

Aus dem UNEP-Bericht geht auch hervor, dass weltweit mehr als 60 Prozent aller Ökosysteme geschädigt sind und übernutzt werden. Der Bericht unter dem Titel "Environment for Development" gibt einen Überblick über die wichtigsten globalen Entwicklungen in den Bereichen Atmosphäre/Klima, Biodiversität, Wasser sowie Land/Boden.

Die Erkenntnisse der Wissenschaftler zum Thema Wasser entsprechen den Untersuchungsergebnissen des Weltklimarates, wonach weltweit bis zu 40 Prozent aller Menschen von Veränderungen in der Eis- und Schneespeicherung, Verschiebungen beziehungsweise Verknappungen im Wasserkreislauf sowie durch Trockenheit betroffen sind.

Laut GEO-4 könnten im Jahr 2050 bereits mehr als 5,1 Milliarden Menschen in Gegenden mit großer Wasserknappheit leben.

Quelle: sonnenseite.com 27.10.07

US-Immobilienkrise

Durch riskante Anleihen am US-Hypothekenmarkt sind große US-Banken, wie die Citibank, die Bank of America, die J.P.Morgan Chase und Merrill Lynch in eine Finanzkrise geraten. Aber auch große staatliche europäische Banken, wie die IKB, SachsenLB, die WestLB, gerieten seit Ende Juli 2007 in eine Schieflage. Sie haben sich allein auf die Bewertung von Immobilienkrediten durch US-Rating-Gesellschaften verlassen. Offenbar hat auch das Risikomanagement in den Banken versagt, begünstigt durch die Ausgliederung dieser hochriskanten Geschäfte in speziellen Gesellschaften (SIVs), die sich meist mittelbar auf dem Hypothekenmarkt engagiert haben.

SIV erwerben typischerweise langlaufende Wertpapiere; zu ihrer eigenen Refinanzierung

verkaufen sie kurzlaufende Wertpapiere (Commercial Paper), ferner längerlaufende Schuldverschreibungen sowie "Capital Notes", welche etwaige Verluste als Erste absorbieren müssen. Das Gesamtvolumen der "Capital Notes" beziffert Moody's auf 24 Milliarden Dollar; ein großer Teil davon dürfte von Banken gehalten werden, heißt es. Der Absatz dieser Refinanzierungspapiere ist ins Stocken geraten, weil sich die bisherigen Käufer aus Angst vor Verlusten zurückhalten. Das wiederum bringt die Banken, welche die SIV initiiert hatten, in Bedrängnis, weil sie aufgrund vertraglicher Verpflichtungen zur Bereitstellung von Liquidität verpflichtet sind.

Die Rating-Agentur DBRS schätzt das Volumen der ABS-Papiere, das von allen Landesbanken insgesamt gehalten wird, auf 50 bis 75 Milliarden Euro. In dieser Hochrechnung sind außerhalb der Bilanz geführte Zweckgesellschaften teilweise enthalten. Nach neuen Schätzungen der Deutschen Bank wird der Gesamtschaden auf dem Markt für zweitklassige Hypotheken 300 bis 400 Milliarden Dollar betragen, was einer Ausfallrate von 30 bis 40 Prozent entspricht. Dadurch hat sich auch die Inflationsgefahr im Euro-Raum deutlich erhöht.

Insgesamt beläuft sich der Markt der Kreditderivate weltweit auf rund 100 Billionen Euro. Nun plant die US-Regierung einen „Rettungsfonds“, um in Finanzierungsnot geratenen Zweckgesellschaften von Banken forderungsbesicherte Wertpapiere (ABS) abzukaufen. Dies ist ein fast verzweifelt anmutender Versuch, die amerikanische Wirtschaft vor einem Fall in die Rezession zu bewahren. Dass sich die Finanzmärkte zunächst über billigeres Geld freuen, ist verständlich. Dies ist aber kein Ende der Krise, denn dahinter steht nicht nur ein Liquiditätsproblem der Banken, sondern auch eine riesige Menge von Immobilienkrediten, die nur auf Grund der niedrigen Zinsen finanzierbar waren.

Die Idee mit dem Rettungsfonds ist wohl auch eine Folge der Gefahr des Zusammenbruchs des US-Renten- und Krankenversicherungssystems, das sonst in die Pleite rutschen würde. Aufgrund der unübersichtlichen Lage bröckelt jetzt die Glaubwürdigkeit der mit Basel2-Regeln gesetzten Vorgaben im Bereich der Unternehmensfinanzierung, da die Ratingverfahren ganz offensichtlich versagen. Während die Banken unter dem Schlagwort Basel II kleinen und mittleren Unternehmen die Kreditvergabe weitgehend verwehren, beteiligt man sich an milliardenschweren faulen Krediten aus dem Ausland und vernichtet staatliches Vermögen in Milliardenhöhe.

Quelle: FAZ 3./20.9., 22./24.10., 1./4./9./10./12./13./14.11.07, silicon.de 25.10.07, NOZ, 18.10.07